

Erste Vorentscheide bis Sommer

Kanton In Schwyz formiert sich der Widerstand gegen eine mögliche Schliessung der Kantonsschule. Noch ist nichts entschieden, erklärt Bildungsdirektor Michael Stähli. Fast alles hängt von der Immobilienstrategie ab.

Jürg Auf der Maur

In Schwyz formiert sich Widerstand. Im Februar wird eine Interessengemeinschaft ins Leben gerufen, die sich für die Beibehaltung der KKS in Schwyz einsetzt. Nun meldet sich auch die CVP Schwyz zu Wort. «Die CVP Schwyz steht für die Erhaltung des kantonseigenen und für die Zukunft bestens gerüsteten Kollegis als Mittelschulstandort ein», heisst es in einer Medienmitteilung.

Hintergrund: Kanton und Theresianum Ingenbohl haben im Herbst bekannt gegeben, Gespräche über eine mögliche Fusion der beiden Schulen zu führen. Das könnte dazu führen, dass eine der beiden Schulen schliessen würde. Welche, ist derzeit noch völlig offen.

Die IG verweist auf die 160-jährige Tradition des Kollegiums Schwyz, die CVP stellt die rund 47 Mio. Franken ins Zentrum, mit welchem das Gebäude zwischen 1996 und 2012 umfassend renoviert und für die Zukunft gerüstet worden sei. Damals habe die Regierung selber festgehalten, dass mit dieser umfassenden Sanierung das historische Gebäude «für die nächsten Generationen» erhalten bleibe. Schule und Verwaltung könnten dieses «vielseitig und zweckmässig» nutzen.

Stähli: «Auch zwei Schulen bleiben möglich»

Gemäss Bildungsdirektor Michael Stähli ist weiterhin alles möglich: «Auch zwei Schulen nebeneinander sind möglich. Das hätte dann aber Auswirkungen auf das Schulangebot. Auf zwei Schulen verteilt ist in Zukunft nicht alles möglich.»



Die Zukunft des Kollegis ist offen. Je nachdem bleibt die Schule, oder es gibt Platz für die Verwaltung.

Bild: Jürg Auf der Maur

Die laufenden Gespräche hätten zum Ziel, ein zeitgemässes Schulangebot für Eltern und ihren Nachwuchs bereitzustellen zu können. Dass jetzt eine Verunsicherung spür- und hörbar sei, sei verständlich. Er ist überzeugt: «Je rationaler das Ganze angeschaut wird, desto vorwärtsgewandter wird man sich entscheiden.» Umgekehrt gelte: «Je emotionaler argumentiert wird, desto stärker bleibt man im Bestehenden behaftet.»

Derzeit steht der künftige Fahrplan im Zentrum. Bis zum Sommer soll mindestens in einer Frage klar werden, wie es weitergeht. Konkret: Jetzt wird definiert, wie der Prozess bis 2026/27 ablaufen soll – vom eigentlichen Prozessablauf bis zur Trägerschaftsfrage oder dem Standortentscheid und dem eigentlichen Fusionsprozess.

Untersucht wird also, ob die Trägerschaft vom KKS ans Theri übergeht oder

umgekehrt. Stähli: «Es geht darum, ob sich der Kanton aus einer seiner Kernaufgaben verabschieden soll oder nicht. Es ist aber auch möglich, dass sich am Schluss nichts ändert.» Je nachdem, ob der Standort Biberbrugg als Verwaltungsstandort Sicherheitsstützpunkt in Biberbrugg ausgebaut werde, stelle sich die Frage der weiteren Standortoptionen für die Arbeitsplätze der Verwaltung und Schule im Raum Schwyz anders.

Nachgefragt

«Ich bin nicht überrascht»

In Schwyz formiert sich Widerstand gegen eine mögliche Schliessung der Kantonsschule Kollegium Schwyz. Bildungsdirektor Michael Stähli nimmt Stellung.

Hat Sie die Ankündigung einer IG überrascht?

Michael Stähli: Nein, das war zu erwarten. Dass sich eine Interessengemeinschaft bildet, ist nachvollziehbar und legitim. Es zeigt, dass das Interesse an Bildungsfragen vorhanden ist und sich Personen für die Bildungslandschaft einsetzen. Solche Interessengruppen zur Platzierung von Anliegen sind keine Ausnahmeerscheinungen.

Was sagen Sie zum Argument, die KKS habe eine 160-jährige Tradition?

Die Kantonsschule Kollegium Schwyz und das Theresianum Ingenbohl haben eine gleich lange Tradition und eine vergleichbare Entstehungsgeschichte.

Umstritten ist die Standortfrage.

Die nun stattfindende Beurteilung der möglichen Optionen und die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen schliessen beide Standorte – Ingenbohl und Schwyz – ein.

Was bedeutet die Gründung einer IG für die Regierung? Was sagen Sie zur geplanten Gründung?

Wir werden uns die Argumente, Vorstellungen und Vorschläge der IG anschauen und sind offen für einen sachlichen und konstruktiven Dialog.

Jürg Auf der Maur

Strüby kauft «Il Padrino»

Brunnen Die Strüby Immo AG baut ihr Immobilienportfolio im Dorfzentrum weiter aus.

Die Strüby Immo AG, Seewen, hat das Wohn- und Geschäftshaus an der Gersauerstrasse 10 erworben. In dem Gebäude, vis-à-vis des Restaurants Bacco, befindet sich im Parterre die Bar Il Padrino, in den oberen Etagen Wohnungen. Schon zuvor hatte die Strüby Immo AG das Gut-Haus nebenan, Gersauerstrasse 10, inklusive Schopf gekauft.

Vorerst bleibt dort aber alles beim Alten. «Durch den Kauf der beiden Liegenschaften ändert sich Stand heute nichts, die Räumlichkeiten werden weiterhin vermietet», führt Bruno Kälin, Leiter Marketing und Mitglied der Geschäftsleitung der Strüby Konzept AG, auf Anfrage des «Boten» aus. Die beiden Liegenschaften seien eine Arbeitsreserve für die mittelfristige Zukunft. Je nach

Auftragslage würde aber die Möglichkeit bestehen, dass an den beiden doch schon in die Jahre gekommenen Liegenschaften Renovationen vorgenommen würden.

Ob irgendwann einmal auch ein Neubauprojekt ein Thema werden könnte, ist noch völlig unklar. «Da bei beiden Liegenschaften auch die Denkmalpflege involviert ist, werden hier noch Gespräche laufen müssen», erklärt Kälin. Beide Häuser liegen im Isos-Gebiet (Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder), das Gut-Haus ist zusätzlich im Kigbo (Kantonales Inventar geschützter Bauten und Objekte) verzeichnet. Und das «Il Padrino» gilt gemäss Ortsbildinventar als «erhaltenswerte/ortsbildprägende Baute». (cc)



Das Gut-Haus und der Schopf (hinten) sowie das «Il Padrino» (vorne) gehören neu der Strüby Immo AG. Bild: Christoph Clavadetscher

Regierungsrat präsentiert seine «To-do-Liste»

Kanton Steuervorlagen, Alterspolitik, Schul- und Strassenbauten, Informatik in der Schule – der Kantonsregierung geht auch 2019 die Arbeit nicht aus.

Traditionsgemäss legt der Regierungsrat Anfang Jahr sein Jahresprogramm auf den Tisch. Seine eigene Kasse hat der Kanton Schwyz derzeit im Griff. Auf eidgenössischer Ebene steht der Volksentscheid über die Steuervorlage und AHV-Finanzierung (STAF) an, der am 19. Mai fallen soll. Schwyz hat seine Eckpfeiler bereits bekannt gegeben und ist laut Finanzdirektor und Landammann Kaspar Michel bereit, die Vorlage zur kantonalen Umsetzung bereits drei Tage nach dem Volksentscheid im Kantonsparlament vorzulegen.

Die Alterspolitik ist im Departement des Innern von Departementvorsteherin Petra Steimen das Schwerpunktthema. Bedarfsplanung und Pflegeheimliste sind soweit aufgegleist. Neu wird eine Fachstelle Alter aufgebaut, deren Aufgabe es sein wird, «alle Akteure zu vernetzen», wie Steimen ausführte.

Volkswirtschaftsdirektor Andreas Barraud und sein Team wollen «jährlich um die 200 neue Arbeitsplätze ansiedeln». In der Vergangenheit sei dies gelungen, so dass die Anzahl der Arbeitsplätze um 1,6 Prozent wachse, während die Anzahl der Einwohner um 1 Prozent zulege.

Kanti-Neubau im Mai vor dem Kantonsrat

Dieses Jahr fällig ist auch der Entscheid zum Neubau der Kantonsschule Auserschwyz in Pfäffikon. Baudirektor Othmar Reichmuth kündigte an, den Baukredit im Mai dem Kantonsrat zu unterbreiten; eine allfällige Volksabstimmung würde im November stattfinden.

«Wir wollen jährlich um die 200 neue Arbeitsplätze ansiedeln.»

Ebenso soll das Plangenehmigungsverfahren für die Neue Axenstrasse im Sommer 2019 eingeleitet werden. Bis auf ein paar wenige Einsprachen konnten alle bereinigt werden. Weiter möchte der Kanton zudem das Bauprojekt «Anschluss Steinerstrasse» im nächsten Monat auflegen.

Neues Gesetz für die Polizei und fünf Deponiestandorte

In diesem Jahr auf den Tisch legen will Sicherheitsdirektor André Rüeegg das revidierte Polizeigesetz. Ein bedeutendes Geschäft des Sicherheitsdepartements ist zudem das Transparenzgesetz, das am nächsten Mittwoch im Kantonsrat zur Beratung ansteht.

Bildungsdirektor Michel Stähli will die Umsetzung des Lehrplans 21 weiter vorantreiben, dies insbesondere auch im Bereich Sonderschulung. «Es gilt, weiterhin die sogenannten MINT-Fächer zu stärken und Informatik als obligatorisches Fach an den Gymnasien einzuführen», so Stähli.

Im Umweltdepartement von René Bünter steht die Deponieplanung mit fünf Standorten an, wobei es sich um Deponien für «sauberes Aushubmaterial handelt», wie Bünter betonte. Zudem sollen noch dieses Jahr die Etzelwerk-Verhandlungen abgeschlossen werden, und in Sachen Neophyten-Bekämpfung sollen auch die noch nicht involvierten 19 Gemeinwesen miteinbezogen werden.



Andreas Barraud
Volkswirtschaftsdirektor

Stefan Grüter und
Christoph Clavadetscher